DER STADTVERORDNETENVORSTEHER
DER STADT
OFFENBACH AM MAIN

06.10.2020

Bundeskanzleramt
Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1

10557 Berlin

Flüchtlingspolitik menschlich gestalten

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel,

ich möchte Sie davon unterrichten, dass die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Offenbach a. M. in ihrer Sitzung vom 01.10.2020 zu 2016-21/DS-I(A)0841/1 den folgenden Beschluss gefasst hat:

„Der Brand im griechischen Flüchtlingslager Moria und die nun auf der Insel herrschenden Zustände machen uns alle betroffen. Den Opfern dieser Katastrophe gilt unsere Verbundenheit und Solidarität.

Aber auch den griechischen Bewohner*innen der Inseln, die sich bei der Bewältigung der humanitären Katastrophe alleingelassen fühlen, gilt unser Mitgefühl.
Die Stadtverordnetenversammlung fordert Bundes- und Landesregierung daher dazu auf:

1. bei der griechischen Regierung und der europäischen Union auf ein Ende der unwürdigen Bedingungen in Flüchtlingslagern auf europäischem Boden zu dringen.

2. sich für eine tragfähige europäische Lösung zur Verteilung der Geflüchteten innerhalb der EU einzusetzen.

Die Stadt Offenbach bekennt sich zu ihrer humanitären Verantwortung, Geflüchtete wie in der Vergangenheit aufzunehmen und zu versorgen. Neben Offenbach sind viele weitere Städte, Landkreise und Länder zu Hilfe bereit. Wir appellieren an alle verantwortlichen Ebenen diese Hilfe zu ermöglichen.“

Im Auftrag der Stadtverordnetenversammlung leite ich diesen Beschluss an Sie weiter und möchte Sie bitten, im Sinne der Beschlussfassung tätig zu werden.

Dieses Schreiben wird gemeinsam mit dem Beschluss in unserem Politischen Informationssystem „PIO“ auf der Internetseite pio.offenbach.de eingestellt. Wir beabsichtigen auch – der Vollständigkeit halber – Ihre Antwort hinzuzufügen.

Mit freundlichen Grüßen,

Stephan Färber
Stadtverordnetenvorsteher